

V.

Großbritannien.

1. Januar. (Unterhaus.) Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Homerule für Irland.

Ein unionistischer Zusatzantrag, wonach das Gesetz für Ulster keine Geltung haben soll, wird nach lebhafter Debatte mit 294 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Im Verlaufe der Debatte erklärt Bonar Law, wenn der Versuch gemacht würde, dieses Gesetz den Leuten von Ulster aufzuzwingen, solange sie der Ansicht seien, daß es sich gegen die Wünsche Großbritanniens richte, dann würde er sie in ihrem Widerstand unterstützen.

1. Januar. (London.) Verhandlungen der Friedenskonferenz unter Vorsitz von Venizelos.

Meschid Pascha unterbreitet die türkischen Vorschläge. 1. Die Türkei tritt alle Gebiete westlich des Wilajets Adrianopel ab. 2. Albanien wird autonom. Die Bestimmung seiner Grenzen und seiner politischen Verfassung wird den Großmächten überlassen. 3. Wegen des Wilajets Adrianopel schlägt die Türkei vor, mit Bulgarien wegen der Festsetzung der türkisch-bulgarischen Grenze allein zu verhandeln.

Venizelos verliest im Namen der Delegierten der Verbündeten folgende Antwort: Die Verbündeten nehmen Kenntnis von der Abtretung der Gebiete westlich des Wilajets Adrianopel unter der bestimmten Bedingung, daß diese Abtretung sich nicht nur auf die okkupierten, sondern auch auf die Gebiete bezieht, die noch nicht vollständig okkupiert sind. Was Albanien betrifft, so beharren die Verbündeten auf ihren früheren Vorschlägen. Die türkischen Vorschläge über das Wilajet Adrianopel sind unannehmbar, da sie zu separaten Abkommen führen müßten und da sie außerdem nicht das verlangte Gebiet umfassen. Die ottomanischen Vorschläge über die Megäischen Inseln und Kreta sind ebenfalls unannehmbar. Die Verbündeten halten ihre frühere Forderung auf Abtretung der Inseln und auf Verzicht aller türkischen Rechte auf Kreta aufrecht.

2. Januar. (London.) Wiedervereinigung der Volschastereunion.

2. Januar. Zur Regelung der albanischen Frage.

Eine Depesche des „Wolffschen Telegraphenbüros“ gibt bekannt: Da die Großmächte sich im Prinzip geneigt erklärt haben, die Autonomie für Albanien und die Albaner anzuerkennen, ist eine aus drei Verwandten bestehende Abordnung in England eingetroffen, um über die Einzelheiten des zu diesem Zweck zu entwerfenden staatsrechtlichen Systems Verhandlungen anzuknüpfen.

3. Januar. (London.) Verhandlungen des rumänischen Ministers des Innern Iale Jowescu mit dem bulgarischen Bevollmächtigten Danew.